



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das Land herum lag jetzt in tiefem Schnee, die Flocken mußten den ganzen Tag niedergefallen sein. Wir sahen uns verwirrt an, es fror und hungerte uns, und nun erkannten wir, daß die von uns gewählte Zeit wohl dem Beginn unsrer Flucht, nicht aber ihrem weitem Fortgang günstig war. Die Kälte war unerträglich. Beabend vor Frost liefen wir in unserm Gefängnis auf und ab, ohne uns erwärmen zu können. Gegen den Hunger konnten wir dagegen einstweilen noch ankämpfen, da wir uns Brot vom Tage zuvor in die Tasche gesteckt hatten.

Als es dunkel wurde, machten wir uns wieder auf den Weg und stapften durch den tiefen Schnee. Es hatte von neuem angefangen zu schneien, und wir kamen nur langsam vorwärts. Gegen Mitternacht erreichten wir einen breiten Wasserlauf und an ihm hingehend ein Dorf. Röder zeigte mir einen Bretterschuppen und wies mich an, dort auf ihn zu warten. Ich sah noch, daß er sein Messer hervorholte, und rief ihm nach, er solle keine Dummheiten machen. Nach einer halben Stunde bangen Harrens kam er zurück, vergnügt und zum Schwagen aufgelegt. Ich merkte, daß er getrunken hatte. Er erzählte, daß er durch ein offnes Fenster, das man im Feiertagstrubel zu schließen vergessen hatte, in das Wirtshaus, worin ein alter Freund von ihm wohnte, habe einsteigen können und sich vor das Bett der Eheleute geschlichen hätte. Die wären von einem schönen Schrecken ergriffen worden. Der Alte hätte trotz der dicken Federdecke wie Espenlaub gezittert und zuerst kein Wort herausbringen können. Aber nun sei alles in bester Ordnung. Es wäre überhaupt nicht seine Absicht gewesen, ihnen etwas anzutun, nur Respekt hätte er ihnen einflößen wollen.

Wir wurden in eine Küche geführt, auf deren Herde ein helles Feuerchen brannte. Die so unsanft aus ihrem Schlaf herausgeholtten Wirte waren in der Tat entgegenkommend und warteten uns aufs beste auf. Nachher erhielten wir andre Kleidungsstücke, die uns freilich nicht auf den Leib angemessen waren, und etwas Geld. Wir sahen nun wie zwei Fleischergefelln aus, die auf den Viehhandel ausgehn. Der Wirt gab uns auch noch die Wohnung seines Schwagers an und ermahnte uns, ja bei ihm vorzusprechen, er würde uns in Sicherheit bringen, und wir würden bei ihm wie im Himmel leben. Röder bedankte sich vielmal und ließ sich genau und wiederholt bescheiden; als wir aber wieder unterwegs waren, lachte er und sagte: Wir werden so dumm sein und auf den Leim kriechen. Wir kämen ja in des Teufels Küche. In Sicherheit würde der uns wohl bringen, nur anders, als wir es begehren.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Die offene Stimmabgabe, im Gegensatz zur geheimen beim Reichswahlrecht, hat bei den preussischen Landtagswahlen eine Art Generalprobe für die Sozialdemokratie zu bestehen gehabt. Man konnte in dieser Hinsicht bei den Urwahlen mancherlei Beobachtungen machen. Gar mancher Arbeiter, der wider Willen für den ihm oktroyierten sozialdemokratischen Wahlmannskandidaten seine Stimme hergeben mußte, sprach am Wahltag leise und verlegen, wie mit der stillschweigenden Bitte um Entschuldigung, andre taten es — im voreiligen Siegesgefühl — laut, höhnisch, frech und herausfordernd. In nächster Nähe des Wahltags hatten sich die Führer aufgepflanzt, die Genossen scharf kontrollierend und nach geschehener Abstimmung dort versammelnd. Namentlich da, wo die Wahl ungeschickterweise in die Abendstunden verlegt war, geschah es wohl, daß die konservativen und die liberalen Wähler, nachdem sie ihre Stimme abgegeben hatten, nach Hause gingen,

„weil Abendbrotzeit war“; die Sozialdemokraten aber hielten aus, sie holten die säumigen Genossen heran und waren auf diese Weise bei der Stichwahl die Stärkern. In einem Vorort von Berlin riefen die sozialdemokratischen Sieger beim Verlassen des Saals den überraschten Besiegten zu: „Ausdauer! Ausdauer führt zum Ziel!“ Sie haben damit das Stichwort für die Wahlkämpfe in Deutschland gegeben. An Ausdauer wie an Vollzähligkeit werden die Sozialdemokraten wegen ihrer vorzüglichen Organisation, ihres Parteiterrorismus und der von ihnen geübten Kontrolle doch immer die Stärkern sein. Man konnte in frühern Jahrzehnten annehmen, daß viele Arbeiter und sonstige Angestellte, sei es aus Schamgefühl, sei es aus Besorgnis für ihre Stellung, vor der offenen Stimmabgabe zurückschrecken würden. Namentlich Fürst Bismarck hat bis in die letzten Jahre seines Lebens daran geglaubt und den Nationalliberalen nie verziehen, daß sie ihm die geheime Stimmabgabe in das Reichswahlrecht in einem Augenblick hineingebracht hatten, wo die Sache für ihn auf Annehmen oder Ablehnen stand. Bis zum Jahre 1890 mag das vielleicht noch zutreffend gewesen sein. Seitdem hat mit der gewaltig entwickelten Organisation der Arbeiter, die heute einen Staat im Staate bilden, mit ihrem gesteigerten Klassenbewußtsein und mit dem dadurch in entsprechendem Maße vertieften Klassengegensatz die Scheu vor der öffentlichen Stimmabgabe wenn auch noch nicht ganz aufgehört, so doch jedenfalls sehr stark abgenommen. Die meisten machen in ihrer ganzen Haltung kein Geht daraus, daß sie auch jede einzelne offene Stimmabgabe als einen von dem sozialdemokratischen Sturmbock gegen das verhaßte Staats- und Gesellschaftsgebäude gerichteten Stoß betrachten. Ein großer Teil der Mitläufer mag freilich ausgeblieben sein, es ist geradezu unglaublich, aus welchen Elementen sich diese mischen. Kann man doch gelegentlich auch von sonst konservativ denkenden Staatsbeamten die Äußerung hören: ein paar Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus würden gar nichts schaden, und die „Freisinnige Zeitung“ bringt die unwiderlegt gebliebne Meldung, daß sich sogar ein Mann wie Professor Schmoller, Mitglied des preussischen Staatsrats und des Herrenhauses, im Interesse eines Kompromisses der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten bemüht habe! Als ob der Reichstag nicht auch mit 2 Sozialdemokraten angefangen hätte, und heute sind es ihrer 81! Die „National-liberale Korrespondenz“ hat es zwar als ein Gebot der Klugheit (!) und Gerechtigkeit empfohlen, „der stärksten Partei Einlaß in das Abgeordnetenhaus durch Reform des Wahlrechts zu gewähren,“ eine Idee, die hoffentlich dauernd an dem Reim des Herrenhauses scheitern wird. Darin beruht eben der Grundirrtum: dort, wo die Sozialdemokraten die „stärkste Partei“ angeblich — in Wirklichkeit nicht — sind, haben sie ihre Vertretung; unter den preussischen Landtagswählern sind sie eben nicht die stärkste Partei und werden es hoffentlich auch nicht werden. Im Wahlkreise Beeskow-Zeltow, vor den Toren Berlins, hatten sie sich zwar schon in die Positur der Ebenbürtigkeit gesetzt und den Nationalliberalen gegen Zusage der Unterstützung für ein Mandat — das zweite abgefordert. Man hat ihnen mit Recht erwidert, daß die nationalliberalen Wahlmänner auf bestimmte Kandidaten hin gewählt seien, die Zentralleitung also nicht in der Lage wäre, dem Vorschlage zu entsprechen, „wir müssen es — so heißt es dann weiter — der Sozialdemokratie überlassen, ob sie durch ihre Haltung die Reaktion in der Verhinderung einer Reform des Wahlrechts unterstützen will.“

Die Reaktion! Man wird unwillkürlich an das Goethische: „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein“ erinnert. Reaktion ist in unsern Tagen, im Zeitalter der Weltpolitik, ein ererbtes Schlagwort, das in den Jahren von 1848 bis 1858 eine gewisse Berechtigung hatte und Bestrebungen, die auf Aufhebung der Verfassung und auf Wiederherstellung des absoluten Staates gerichtet waren, zusammenfaßte. Wer denkt heute noch daran! Heute liegt die Reaktion einzig bei der Sozialdemokratie; sie ist die eigentliche „reaktionäre Masse,“ die einzige Partei, die die Verfassung umstürzen und beseitigen will, um an deren Stelle die sozialdemokratische Diktatur zu setzen. Die Vorgänge an einzelnen

Orten bei der preußischen Abgeordnetenwahl am 20. November sprechen ganze Bände. Tumultuierende Massen hatten die nur für die Wahlmänner bestimmten Wahllokale besetzt, und es bedurfte der Hilfe der Polizei, die Freiheit der Wahl zu sichern! Und solchen Vorgängen gegenüber wollen die Nationalliberalen Reaktion! rufen und die Sozialdemokratie zum gemeinsamen Kampfe gegen diese vermeintliche Reaktion werben. Sie sehen nicht, daß sie dabei vom Regen in die Traufe kommen, und daß ihnen aus diesen Verbündeten eine ganz andre „Reaktion“ entstehen würde, vor der den Liberalen recht bald die Haare zu Berge stehn dürften! Aus dem schönen Traum von der dem „liberalen Bürgertum“ affilierten Sozialdemokratie würde es ein schreckliches Erwachen geben. Quem deus perdere vult...!

In einem großen modernen Staatswesen gleichen sich die berechtigten Gegenstände immer wieder von selbst aus, die unberechtigten nie; für diese liegt der Ausgleich ausschließlich in der gewaltsamen Entscheidung, durch die Waffen oder durch Gesetz. Es ist eine menschlich begreifliche, politisch aber im höchsten Grade gefährliche Illusion, zu glauben, daß die politisch verbündete Sozialdemokratie so liebenswürdig sein werde, die gemeinsame Siegesbeute den Liberalen allein zu überlassen, sich mit magerm Vorbeer zu begnügen und sich bescheiden auf den Klassenkampf, die Lohnfrage usw. zu beschränken. Sie verlangt nicht nur den Löwenanteil, sondern die ganze Beute. Die Sozialdemokratie ist eine erobernd vordringende revolutionäre Macht. In dem Kampfe gegen sie heißt es, sofern man ihn überhaupt noch führen will: siegen oder untergehn! Ein drittes gibt's nicht. Das mag unbequem sein, aber es ist eine bittere, unumstößliche Wahrheit. Gewiß treten auch in diesem Kampfe Phasen ein, in denen das Bedürfnis nach Waffenruhe oder Waffenstillstand bei einem von beiden Teilen, vielleicht auch einmal bei beiden überwiegt, bei den Nichtsozialdemokraten wohl sogar ein Friedensbedürfnis, das die Sozialdemokratie kaum jemals haben wird und haben kann. Sie hat es offen ausgesprochen, daß sie zu ihrem Gedeihen, ja zu ihrer Existenz Bewegung und Kampf braucht, ihr Parteiprogramm sagt wörtlich, daß der revolutionäre Funke in den Massen niemals zum Erlöschen kommen darf. Augenscheinlich leben wir jetzt in einer solchen Periode des Bedürfnisses nach Waffenstillstand, der von den obligaten Friedensversuchen mehr oder minder guter Freunde begleitet ist. Der Staat und die bürgerlichen Parteien werden es schwerlich sein, die gestärkt daraus hervorgehn. Es sei denn, daß sie die Pause benutzen, um für die gesamte Nichtsozialdemokratie die Eintracht herzustellen, in der allein das Heil liegt. Einem Gegner gegenüber, der nur ein Gesetz kennt: das des Siegers, muß man sich um so sorgsamer prüfend fragen: Wohin führt der Weg?

Vom Train. Mit begreiflicher Spannung erwarten die militärischen Kreise und über diese hinaus ein großer Teil des deutschen Publikums die praktischen Konsequenzen des Prozesses Wilsch. Wir meinen damit nicht die Arbeit des eisernen Besens im Forbacher Trainbataillon und vielleicht noch an einigen andern Orten, sondern wir haben die organisatorischen Folgen im Auge sowohl für „die kleinen Garnisonen“ als auch ganz besonders für die Trainwaffe. Die Verhältnisse bei sämtlichen Trainbataillonen unsers Heeres sind mehr oder minder unerwünscht, weil sie stagnieren. Sie waren es früher, als die Offizierkorps ausschließlich aus solchen Elementen gebildet wurden, die die andern Waffen gern abgaben, und sie sind nicht besser geworden dadurch, daß die Trainbataillone jetzt einen Teil des Offiziersnachwuchses selbst erziehen. Die Trainbataillone in ihrer heutigen Gestalt wurden 1860 bei der damaligen Armeeorganisation errichtet, weil dem gänzlich daniederliegenden und veralteten Heeresstransportwesen gründlich aufgeholfen werden sollte. Kriegsminister General v. Moos rühmte damals in der Kammer, daß man den Trainsoldaten Grenadiersrang gegeben habe. Man schritt zu selbständigen Formationen, um auf diesem Wege die höchste Leistungsfähigkeit zu erreichen. Damals mag das richtig gewesen sein. Es war eine Anlehnung an das französische Vorbild, wie es sich mit seinen Vorzügen und Mängeln im Kriege von

1859 gegenüber den bitteren Erfahrungen der preussischen Mobilmachung erwiesen hatte. Heute darf das als überholt bezeichnet werden. Nach der zahlreichen Vermehrung der Artillerieregimenter und bei ihrer großen Beweglichkeit kann es wohl keinem Bedenken unterliegen, das Trainbataillon jedes Armeekorps einem Feldartillerieregiment als Kolonnenabteilung anzugliedern, die von einem Stabsoffizier und zwei bis drei Hauptleuten geführt wird. Diese Offiziere müßten sämtlich Feldartillerieoffiziere sein, das Kommando auf zwei Jahre erhalten und es nicht als Verbannung, sondern als Auszeichnung zu betrachten haben; ebenso die zu der Kolonnenabteilung zu kommandierenden Leutnants. Selbstverständlich fällt damit auch die Trainuniform, an ihre Stelle würde die Artillerieuniform, etwa mit einem Abzeichen (für die Mannschaft schwarzes oder gelbes Lederzeug), treten. Da die Artillerie ohnehin eine große Anzahl von Fahrern für den Train ausbildet, namentlich für ihre Munitionskolonnen, so läge eine solche Organisation wohl am nächsten. Die Kosten würden sich, von der anfänglichen Umwandlung abgesehen, eher mindern, und die Trainkasernen, soweit sie in größeren Garnisonen liegen, würden einfach mit an die Artillerie übergehen. Soweit sie in kleinen Garnisonen liegen, müßten sie anderweit Verwendung finden; die Kolonnenabteilung muß grundsätzlich beim Regiment sein. Auf diese Weise wäre dem heutigen Zustande in der Trainwaffe zugleich mit dieser selbst ein Ende gemacht, und das gesamte Trainwesen träte damit unter die Instanzen der Feldartillerie. Schwierigkeiten bei der Mobilmachung dürften daraus kaum erwachsen, sofern dem Führer der Kolonnenabteilung, der freilich bei der Mobilmachung nicht wechseln dürfte, die nötige Selbstständigkeit verbliebe, und die Mobilmachung des Trains nicht mit der des Artillerieregiments unnötig verquickt würde. Nur die Frage der Reserveoffiziere wäre noch einer Lösung bedürftig. Gegenwärtig werden nicht nur die Einjährigen des Trains, sondern zahlreiche Reserveoffiziere der Kavallerie dem Train überwiesen. Einjährige der Artillerie würden ebensogut für den Fahrdienst und dessen Leitung ausgebildet werden können, wie jetzt die Einjährigen des Trains, und die aus der Kavallerie hervorgegangenen Reserveoffiziere würden beim „Artillerie-Train“ dieselbe Stellung einnehmen, nur mit dem Unterschiede, daß sie einem größeren Offizierkorps, dem eines Feldartillerieregiments, angehören. Der Vorschlag mag verbesserungsfähig sein, aber er erlöste die jetzt schier zum Eintrocknen verurteilten Offiziere der Trainbataillone aus diesem Zustande ohne Nachteil für den Train oder für die Artillerie.

Soldatenschutzvereinigung. Um eine seltene Vereinsblüte hat der Monat November Deutschland bereichert. In Stuttgart hat sich unter dem Namen „Soldatenschutzvereinigung“ ein Verein gebildet, der den scheinbar löblichen Zweck verfolgt, „gegen alle (!) im deutschen Heere bestehenden Mißstände, insbesondere gegen die zunehmenden (?) Mißhandlungen von Soldaten anzukämpfen und die ihm zur Kenntnis gelangenden Fälle von Mißhandlungen »und sonstigen Übergriffe« rücksichtslos zu brandmarken.“ Angeblich schließt der Verein „jegliche Parteipolitik“ aus, will sich mit der politischen Seite der Militärfrage freundschaftlich nicht befassen, sondern nur gegen Mißstände ankämpfen. Zunächst für Württemberg bestimmt, will er sich über ganz Deutschland ausdehnen, eine eigne Zeitschrift (!!) gründen; seine Mitglieder müssen mindestens (!) 20 (zwanzig) Jahre alt sein. Die Kinderstube ist also doch wenigstens ausgeschlossen. Im übrigen ist das Vergnügen billig. Das Eintrittsgeld kostet 20 Pfennig, der Jahresbeitrag nur 1 Mark; Mitglieder können alle werden, „die an der Beseitigung der im Heere bestehenden Übelstände mitzuarbeiten ernstlich gewillt sind.“ Wären wir nicht im November, sondern im Februar, so könnte man glauben, auf eine Faschingnummer der „Straßb. Post“ gestoßen zu sein, in der wir diese seltsame Nachricht gefunden haben. Der Verein ist augenscheinlich nach dem Muster des Schutzvereins für junge Mädchen gebildet, und wir zweifeln keinen Augenblick, daß er in allen deutschen Garnisonen vom Bodensee bis Memel, in den großen wie in den kleinen, mit herzlichem Gelächter begrüßt

werden wird. Aber wie sagte doch Herr Bebel in Dresden: „Wir bohren uns in alle Ihre Institutionen ein, um sie zu vernichten.“ Als ein solcher Bohrversuch unter harmloser Maske erscheint auch die „Soldatenschutzvereinigung,“ die nur den Zweck, jedenfalls nur das Ergebnis haben kann, die Aufhebung der Mannschaften gegen ihre Vorgesetzten organisch und in großem Stil zu betreiben. „Alle“ im deutschen Heere bestehenden Mißstände! Was ein Mißstand ist und was nicht, beruht so sehr auf subjektiver Auffassung, daß eine Vereinigung, deren Mitgliedschaft auf das zwanzigste Lebensjahr zurückgeht, darüber schwerlich mit der nötigen Sachkunde zu urteilen vermag. Was sind „sonstige Übergriffe“? Viele werden für Übergriffe ansehen, was auf absolut nötigen disziplinarischen Maßnahmen beruht. Ein solcher Verein schließt nicht nur nicht „jede Parteipolitik aus,“ sondern er stellt von vornherein die schlimmste Parteipolitik dar. Das Recht nicht nur, sondern die Pflicht, wirkliche Mißstände auszurotten, steht vor allem dem obersten Kriegsherrn, dann aber allen Vorgesetzten vom kommandierenden General bis zum Kompagniechef zu. Sodann muß bestritten werden, daß „die Mißhandlungen zunehmen.“ Bei einem Friedensstande von 500 000 Mann werden sie natürlich zahlreicher sein als bei dem frühern von 250 000 Mann; die scheinbare Zunahme beruht vielmehr darauf, daß durch das öffentliche Gerichtsverfahren alle solche Vorgänge zur allgemeinen Kenntnis gelangen, zweitens daß die heutige Generation viel weichtlicher und empfindsamer ist als früher, drittens daß die sozialdemokratischen Elemente in der Armee Anlaß zu Ärgernissen aller Art geben. Das Soldatenhandwerk ist von jeher ein rauhes Handwerk gewesen, man kann seine Angehörigen nicht in Watte einwickeln; bei der Notwendigkeit einer Durchschnittsgleichmäßigkeit der Leistungsfähigkeit, ohne die jede Berechnung für die Leistungsfähigkeit im Kriege unmöglich wird, werden die Schwächern größerer Anstrengung, die Faulen stärkeren Antriebes bedürfen. Fast die schlimmsten Mißhandlungen sind die, die von den ältern Kameraden ausgehn, aber der Rekrut, der sie in diesem Herbst erduldet, macht sie im nächsten vergnügt als aktiver Teilnehmer mit. Tatsache ist doch, daß sogar die Kadettenhäuser bis vor kurzem davon nicht frei waren, vielleicht es heute noch nicht sind; Quälereien jüngerer Knaben durch stärkere und gewandtere kann man ja auch auf „Zivil“turnplätzen häufig genug beobachten. Eklatante Fälle von Mißhandlungen sind bekanntlich im gepriesenen England sogar innerhalb der Offizierskorps nichts Seltenes; aus Italien und in Österreich-Ungarn werden dieselben Klagen laut wie in Deutschland, und soeben haben die französischen Zeitungen einen Erlaß eines französischen kommandierenden Generals veröffentlicht, der sich sehr energisch der jungen Rekruten gegen ihre ältern Kameraden annimmt. Also sogar im republikanischen Frankreich ist die Sache nicht anders, sondern im Gegenteil, soviel darüber bekannt ist, bei der an sich grausamen Natur der Franzosen noch sehr viel schlimmer. Die „Soldatenschutzvereinigung“ würde somit tatsächlich nur bedeuten, daß, da der Soldat bei seinen Vorgesetzten bis zum Kaiser hinauf keinen Schutz findet, Hinz und Kunz sich seiner annehmen müssen; ein Armutszeugnis für alle diese Vorgesetzten, für die Handhabung von Recht und Gerechtigkeit im Heere, wie es ärger gar nicht erdacht werden, und ein Mittel, wie es wirksamer zur Untergrabung aller Disziplin gar nicht erfunden werden kann. Es ist ein Eingriff durchaus revolutionären Charakters sowohl in die verfassungsmäßige Kommandogewalt des Kaisers wie in die Militärjustiz, die damit vor aller Welt als unfähig hingestellt werden. Mit welchen Empfindungen soll da der junge Soldat zum Heeresdienst gehn, wenn ihm unter dem Schutz unsrer Gesetze vorgelesen werden darf, daß seine Vorgesetzten bis zum Kaiser hinauf unfähig seien, ihn gegen Mißhandlungen zu schützen, solche vielleicht gar stillschweigend dulden, sodaß Hinz und Kunz sich seiner annehmen müssen? Hinter Hinz und Kunz stehen selbstverständlich Herr Bebel und die sämtlichen Häuptlinge der Sozialdemokratie. „Wär der Gedanke nicht verflucht gescheit, man wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“ Die Frage, ob ein solcher Verein überhaupt gesetzlich zulässig ist, mögen die berufenen Instanzen entscheiden. Der Zweck und das Ende vom Liede

ist sonnenklar, man braucht nur an süddeutsche Heereszustände im Frühjahr 1849 zu denken. „Wohl ausgenommen, Vater Lamormain!“ Die agitatorische Ausnutzung der Soldatenmißhandlungen wird ja voraussichtlich auch den Reichstag ausgiebig beschäftigen; hoffentlich wird sie dort einer Energie begegnen, der sie nicht gewachsen ist. Wo Unrecht vorliegt, haben die von Rechts wegen dazu verordneten Gewalten einzugreifen, die „Bereinsaktion“ wäre politischer Staatsbankrott. *§*

Ein neuer Schillerhasser. In der bei Teubner erscheinenden Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ hat Herr Boehmer-Romundt soeben eine „historische Skizze“ über die Jesuiten herausgegeben. Der wissenschaftliche Wert oder Unwert des Schriftchens mag hier beiseite bleiben; dagegen dürfte es angebracht sein, eine grobe Takt- und Geschmacklosigkeit des Verfassers nicht ungerügt hingehn zu lassen. Dieser sagt nämlich S. 164 wörtlich: „Die Historie kennt, so fern sie sich nicht zur Prophezei [] erniedrigt, weder die Liebe noch den Haß. . . . Weltgericht zu spielen, wie ihr ein mittelmäßiger Poet und schlechter Historiker einrieth . . . ist nicht ihre Sache.“ Deutschlands größter Dramatiker, der Dichter der Räuber und der Luise Millerin, des Wallenstein und des Demetrius, bedarf natürlich keiner Verteidigung gegen einen so plumpen Angriff: der Ausfall richtet sich selbst. In dem an unerfreulichen Beispielen überreichen Kapitel, wie man „deutsche Meister“ ehrt, ist er eines der unerfreulichsten.

Aber die Sache hat auch ihre komische Seite. Der „mittelmäßige Poet“ sagt nämlich in den angeführten Worten gar nicht das, was ihm der „exakte Historiker“ Herr Boehmer-Romundt in die Schuhe schiebt. Denn der gestrenge Kritiker erlaubt sich die beiden Begriffe „Geschichte“ und „Geschichtschreibung“ einfach miteinander zu vertauschen. Er gibt seinem Autor „die Kräfte, um ihn reiben zu können,“ wie Lessing mit einem aus dem Hudibras geborgten Wile sagt. Historisch ist ein solches Verfahren gerade nicht.

Was Schiller mit seinen vielzitierten Worten: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht“ hat ausdrücken wollen, ist natürlich etwas ganz andres. Es genügt, sich den Zusammenhang zu vergegenwärtigen, wenn man das Richtige sofort erkennen will. Der Dichter fordert von „der Vergelterin“ den Lohn für seine Entsagung. Da wird ihm zur Antwort, daß allen Menschenkindern ohne Unterschied zwei Blumen blühen: Hoffnung und Genuß. Wer die eine gebrochen hat, darf nicht nach der andern begehren. Der Lohn für alle Entsagung liegt in der Hoffnung, in dem Glauben, der ihre Ursache gewesen ist. Eine andre Vergeltung gibt es nicht.

Das Zitat selbst läßt sich grammatisch zwiefach konstruieren: entweder faßt man herkömmlicher Weise „Weltgeschichte“ als Subjekt, „Weltgericht“ als Prädikatsnomen, dann besagen die Worte: in der Weltgeschichte d. h. in den Taten der Menschen ist Lohn und Strafe, ist das Weltgericht enthalten. Oder man betrachtet, wie es in Fachkreisen neuerdings üblich geworden ist, „Weltgericht“ als Subjekt, „Weltgeschichte“ aber als Prädikatsnomen. Dann ist der Sinn: Das Weltgericht ist nichts andres als der Verlauf der Weltgeschichte; denn in ihm liegt Lohn und Strafe beschlossen. Wie man auch die Stelle auffassen möge, so viel steht jedenfalls fest, daß sie nur eine immanente Vergeltung anerkennt, von einer transzendenten aber nichts wissen will.

Daß dies etwas andres ist als der Rat an die Geschichtschreibung, „Weltgericht zu spielen,“ wird vielleicht auch Herr Boehmer-Romundt bei einigem Nachdenken zugestehn müssen. Vielleicht wird er bei weiterer Selbstprüfung außerdem noch entdecken, daß auch ein „mittelmäßiger Poet“ nicht ungestraft von einem „exakten Historiker“ vergewaltigt werden darf.

